

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 136 (1. Blatt)

Donnerstag, den 12. Juni 1924

52. Jahrgang.

Die Wahl des neuen Präsidenten

Der französische Republik wird am Freitag um 2 Uhr mittags in Versailles stattfinden. Heute werden die Parteien der Mehrheit von Kammer und Senat eine Vorberatung vornehmen. Bis jetzt spricht man nur von der Kandidatur des Kammerpräsidenten Painlevé. Die Blätter der Mittelpartei halten auch eine Kandidatur des Senatspräsidenten Doumergue für möglich. Einzelne sprechen auch von einem Dutzend. In Verbindung hiermit wurden bereits zwei Namen genannt: die Senatoren Pans und René Renaud. Die Blätter des Linksblocks jedoch nehmen an, daß der einstimmige Kandidat der Mehrheitspartei Painlevé sein werde. Nach der Verfassung führt bis zur Installation des neuen Präsidenten bis zur erfolgten Ernennung seines ersten Kabinetts das Ministerium Maréchal die Geschäfte weiter. Das Kabinett verbleibt also nur formell seine Demission ein. Eine tatsächliche Demission des Kabinetts kann erst erfolgen, wenn die Ernennung des Präsidenten der Republik vollzogen ist.

Die Sozialistische Kammergruppe hielt gestern vormittags eine Sitzung ab, in der sie sich auf die Kandidatur Painlevés für den Posten des Präsidenten der Republik festlegte. — Eine Versammlung von Mitgliedern der Kammergruppen, die dem Kartell der Linken angehören, und Mitgliedern der demokratischen Linken des Senats, die den Kandidaten für die Präsidentschaft bestimmen, wird morgen stattfinden. Es besteht die Absicht, alle Kammermitglieder hinzuziehen, die während der Krise mit dem Bloß der Linken gestimmt haben, sowie die Mitglieder der republikanischen Union, der Senatsgruppe Poincarés.

Mittwoch nachmittag drei Uhr wurde die Präsidentschaftsfrage von Chyze eingebracht. Millerand wird mit seiner Familie schon heute das Elisee verlassen und vorerst Wohnung in Versailles nehmen. Er nimmt seine Tätigkeit als Abgeordneter wieder auf. Im übrigen werde er sich um den durch den Tod des rechtsstehenden Abgeordneten Pettipierre freigewordenen Kammerplatz bemühen.

Die französische Kammer

Am Mittwoch um 6 Uhr zur einer Sitzung zu kommen. Der Kammerpräsident Painlevé bringt das Demissionsgesuch des Präsidenten der Republik zur Verlesung. Die Abgeordneten aus der Mitte und auf der Rechten rufen: Es lebe Millerand, nieder mit der Revolution! Die Mitglieder der Linken erwiderten durch lauthallige Zwischenrufe. Es ist dem Präsidenten kaum möglich, sich Gehör zu verschaffen, um zu erklären, daß von der Mitteilung des Präsidenten der Republik Kenntnis genommen wurde und sein Abschiedsgesuch dem Archiv des Parlaments eingelegt werde. Der Präsident will hierauf die Artikel der Verfassung verlesen, die sich auf die Einberufung der Nationalversammlung nach Versailles beziehen. Die Mitglieder der Rechten rufen: Die Verfassung ist tot, Ihr habt sie getötet, wir müssen sie revidieren. Es entsteht wiederum ein Tumult. Der Kammerpräsident fordert die Abg. auf, sich würdig und ruhig zu verhalten und verkündet dann, daß der Kongreß am Freitag nachmittag 2 Uhr zur Wahl des neuen Präsidenten schreiten werde. — Über die Festlegung der nächsten Sitzung entsteht eine lange Debatte. Die Mitglieder des nationalen Blocks beantragen, sie auf Dienstag festzusetzen. Der Antrag wird zurückgewiesen und die nächste Sitzung auf kommenden Sonnabend anberaumt.

Der Senat war ebenfalls um drei Uhr zur Sitzung zusammengetreten. Senatspräsident Doumergue hat das bereits mitgeteilte Demissionsgesuch Millerands zur Verlesung gebracht und hierauf mitgeteilt, daß der Kongreß Freitag nachmittag 2 Uhr in Versailles zusammentritt.

In einer Botschaft Millerands an das französische Volk

Erklärt der bisherige Präsident, er habe seine Pflicht, gewissenhaft den Willen des allgemeinen Wahlrechts zu respektieren, sich den legitimen Wünschen zuwenden, die die Wahlen in den Vordergrund rücken. Er habe mit ihnen in aller Loyalität bei der Führung der öffentlichen Geschäfte zusammenarbeiten wollen. Sie hätten aber auf sein Angebot mit einer Verleumdung geantwortet und seinen Rücktritt verlangt, der in entschlossenem Gegensatz zu dem Geist und Buchstaben der französischen Verfassung stehe. Damit sei ein Präzedenzfall geschaffen. Er habe gegen die gefährliche Neuerung Widerstand geleistet und erst nachgegeben, nachdem alle in seiner Macht stehenden Mittel erschöpft waren. Er werde zusammen mit seinen, die ihm ihre Sympathie anerkennen werden

stehen, den Kampf für die Freiheit der Republik wieder aufnehmen. Wenn unsere Verfassung die Wahl des Staatsoberhauptes ausschließlich in die Hände der Parlamentarier legt, so hat sie wenigstens die Vorkehrung zu treffen, daß für die Wahl des Staatsoberhauptes, wenn es einmal gewählt ist, während seiner siebenjährigen Amtszeit, abgesehen von dem Falle des Hochverrats, niemand Nachschiff abzugeben hat. Ein Beschluß, der einigen Absichtsbrechern durch den Parteigeist eingegeben worden ist, hat diese Garantie in der Verfassung unter ihrem Druck in außerparlamentarischen Versammlungen erklärt worden, daß der Präsident der Republik der Mehrheit der neuen Kammer nicht gefalle, und daß er sich deshalb, ohne den gesetzmäßigen Ablauf seines Mandats abzuwarten, zurückziehen müsse, ein gefährlicher Präzedenzfall, der die Präsidentschaft der Republik zum Eintrag der Wahlkämpfe macht, der auf einem Umwege in unsere politischen Sitten das Prinzip der Demokratie und der aus der Verfassung das einzige Element der Stabilität und Stetigkeit herauskriecht, das sie enthält. Ich hätte einen Verrat zu begehen geglaubt, wenn ich mich, sei es auch nur durch meine Schwäche, zum Mitschuldigen einer so gefährlichen Neuerung gemacht hätte. Ich habe Widerstand geleistet. Ich gehe erst, nachdem ich alle in meiner Macht stehenden Mittel erschöpft habe.

Amerikas Rückzug vor Japan.

In dem Streit um die Einwanderungsfrage, der in Japan schon zu einer starken amerikanischen feindlichen Bewegung geführt hat, hat Amerika jetzt einen gewissen Rückzug angetreten. Aus Washington wird gemeldet:

In letzter Stunde, noch kurz vor der Verlesung des Gesetzes, nahmen sowohl das Repräsentantenhaus als auch der Senat einen Antrag an, durch den das Einwanderungsgesetz bis auf weiteres außer Kraft gesetzt wird. Bisherlich werden noch 13.000 Einwanderer zugelassen, die vor dem 26. Mai in den Vereinigten Staaten eingetroffen oder bereits auf dem Wasserwege dorthin unterwegs waren.

Danach scheinen die Kundgebungen in Japan, die unter anderem zu einem Boykott amerikanischer Waren — darunter auch Zölne — geführt haben, in Amerika nicht ganz ohne Eindruck geblieben zu sein. Denn Geschäft ist Geschäft. Gleichzeitig wird gemeldet, daß die Regierung dem japanischen Botschafter die Antwort auf den Protest der japanischen Regierung über die Einwanderungsvorlage überreicht hat. Der Text ist zuvor vom Präsidenten Coolidge und allen Kabinettsmitgliedern genehmigt worden. Die Antwort wird im Wortlaut erst veröffentlicht werden, nachdem sie zur Kenntnis der japanischen Regierung gelangt ist. Es wird darin erklärt, daß die Behauptung, der japanischen Regierung unrichtig sei, wonach die neue Einwanderungsvorlage den japanisch-amerikanischen Handelsvertrag von 1911 verletze, da auch nach den neuen Bestimmungen die Japaner ungehindert nach Amerika kommen könnten, um dort ihre Handelsbeziehungen abzuwickeln, u. d. g. dort so lange verbleiben könnten, als ihre Handelsbeziehungen es erforderlich machten.

Weiter meldet aus Tokio: Die antiamerikanische Bewegung aus Anlaß der Einwanderungsgesetzesfrage geht so weit, daß Kaufleute in den Tanteen eines großen Hotels eintraten, die amvenden Amerikaner beleidigten und forderten, daß alle Amerikaner ausgewiesen würden.

Macdonalds vier Punkte.

Daily Telegraph veröffentlicht ein Programm, nach dem eine Zusammenarbeit zwischen England und Frankreich zur Lösung des europäischen Problems möglich sein soll. Es handelt sich dabei um die wichtigsten Punkte des Dawes-Berichts: 1. Herstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Deutschlands, 2. Umwandlung der militärischen Ruhebewegung in unsichtbare Bewegung, 3. Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und Regelung der Sicherheitsfrage durch den Völkerbund, 4. Uebertragung der Abrüstungsfrage an den Völkerbund und Prüfung der Probleme zur allgemeinen Abrüstung.

Optimismus Mussolinis.

In seiner jüngsten Kammerrede sagte Mussolini über die Außenpolitik u. a.: Mehrere Fragen von größerer und geringerer Bedeutung seien in einer für die Belange Italiens aufrechterstellenden Weise geordnet worden. Es gebe allerdings noch ein großes Problem, das einer Regelung harre: das Reparationsproblem. In dieser Beziehung bedeute es eine Erleichterung, daß Streichmann den Bericht des Dawes-Komitees angenommen erklärte. Im übrigen glaube er Mussolini, daß die Lage Italiens im Vergleich zu der anderer Staaten sich sehr gebessert habe. Die Unterzeichnung gewisser Verträge erlaube seine Entfaltung. Mussolini wies weiter auf die Störung des Gleichgewichts in Europa

und die daher drohende Gefahr von Ketten hin und erklärte, Italien müsse wachsam bleiben und keine militärischen Streitkräfte, Armee, Marine und Luftwaffe, bereit halten. Italien müsse auch im Völkerbund bleiben, denn der Völkerbund erbreite und entscheide Fragen von Bedeutung, wobei Italien nicht fernbleiben dürfe.

Der Völkerbundsrat

trat Mittwoch in Genf zu seiner 29. Tagung zusammen. Auf Antrag des italienischen Delegierten Salandra, der über die Saargebiet berichtet, beschloß der Rat die deutsche Note vom 30. 5. über die Garantien und die französische Truppenbesetzung im Saargebiet, die der Verwaltungskommission des Saargebietes zugefandt wurde, erst auf die nächste Tagung des Völkerbunds rat zu legen. Salandra sprach mit Zustimmung des Rates und der Regierungskommission die Genehmigung über die jüngst beschlossene Erhöhung der lokalen Gendarmerie aus, ohne allerdings wie er hinzufügt, damit durch die deutsche Note aufgeworfene Fragen der Festlegung des Räumungsstermins für die französischen Besatzungstruppen vorzugreifen. Schließlich genehmigte der Rat noch verschiedene von Lord Rammor vorgeschlagene Entwürfe von Entschuldigungen über die methodische Durchführung internationaler Erhebungen zur Verimpfung des Mädelhandels, sowie den Bericht des Generalsekretärs des Völkerbunds über die Hungersnot in Südafrika und die bisher erteilten Subventionen und den Appell zugunsten weiterer finanzieller Beihilfe. Die Beratung über die ungarische Finanzsanierung und der Militärkontrollen auf Grund der einschlägigen Artikel der Verträge von Trianon, St. Germain. Neuhülle wurde auf Wunsch der rumänischen Regierung, da der Delegierte Titulesco erst in einigen Tagen eintreffen könne, verschoben.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(W) Im großen Sitzungssaal des preussischen Landtages trat der diesjährige sozialdemokratische Parteitag unter sehr starker Beteiligung von Reichstagsabgeordneten zusammen. Reichstagsabgeordneter Crispian wirdigte in einer Ansprache vor allem die Bedeutung der Münchberger Eingung, die auch die Reparationsfrage günstig beeinflusste. Die Sozialisten aller Länder, erklärte der Redner weiter, wirkten auf ihre Regierungen dahin, daß die Vornahme sich durchsetze gegen die Gewaltspolitik. Die Reparation müsse sich beschränken auf die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Mit der Annahme des Sachverständigenratens würden auch die Sozialisten in Deutschland Boden unter ihren Füßen erhalten und dann für die gerechte Verteilung der Lasten kämpfen können.

In der Eröffnungssitzung des soz. Parteitages sprachen nach der Wahl von Wels und Dittmann zu Vorsitzenden verschiedene Vertreter des Auslandes, deren Ausführungen der Zunahme der sozialistischen Bewegung in allen Ländern gälten, und die von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Außerdem wurden verschiedene Begrüßungstelegramme verlesen. Vorsitzender Wels schloß nach 9 Uhr mit Worten des Dankes an die Gäste, die Eröffnungssitzung, während er auf den Antrag Markwalds-Frankfurt, die Wahl des Reichspräsidenten auf die Tagesordnung zu legen, erklärte hatte, für diesen Antrag sei der Parteitag nicht die zuständige Instanz. Es sei übrigens eine Reihe von Anträgen eingegangen, darunter auch einer auf Ausschluß Eberts aus der Partei, deren Behandlung er für Donnerstag in Aussicht stellte. Der Antrag auf Ausschluß Eberts aus der Partei war von der Versammlung mit lebhaftem Pfuirufen aufgenommen worden.

Das Lohnangebot für die Eisenbahner abgelehnt.

(W) Der Vorstand und Verbandsbeirat des deutschen Eisenbahnverbandes haben gestern in Berlin zu dem Lohnangebot des Reichsarbeitsministeriums für die Eisenbahner in einer Entschuldigungsstellung in der Verhandlungsergebnisse vom 4. Juni infolge Unzulänglichkeit abgelehnt. Den Eisenbahner sei damit der Kampf um ihre Existenz aufgegeben worden. Zur Vermittlung eines Streiks macht die Entschuldigungsstellung einen Vorschlag, der sich sowohl auf die Lohnfrage, als auch auf die Arbeitszeit der Eisenbahner bezieht. Zur Frage der Beamtensoldierung erklärt die Konferenz, daß die Befolungsregelung vom 22. Mai wegen ihrer äußerst unzulässigen Wirkung entschieden zu verwerfen sei. Reichsregierung und Parlament werden aufgefordert, die Befolungsregelung einer Nachprüfung zu unterziehen, mit dem Ziele, die Gehälter der geringstbesoldeten

Beamtengruppen ausreichend zu erhöhen. — Wie mehrere Blätter mitteilen, werden heute die drei Sympathisierenden der Eisenbahner zusammentreten, um ihre Forderungen auf eine einheitliche Formel zu bringen. Denselben Blättern zufolge ist anzunehmen, daß noch eine erneute Besprechung zwischen Regierung und Eisenbahnervertretern stattfinden wird.

Zur Notlage der Landwirtschaft.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung zu ersuchen, die Steuerbehörden umgehend anzuweisen, so weitgehend als möglich auf Stundungsgeduld landwirtschaftlicher Steuerpflichtiger die Steuerbeiträge der Einkommen, Vermögens- und Umsatzsteuer ganz oder teilweise bis nach Einbringung der Ernte zinslos zu stunden und bereits angeordnete Zwangsvollstreckungen zur Eintragung der genannten Steuerarten rückgängig zu machen.

Ende des oberschlesischen Ausstandes.

Der Ausstand in Westoberschlesien ist erledigt. Die Arbeit in den Gruben ist allgemein wieder aufgenommen worden. In der Eisenindustrie arbeiten die letzten Betriebe voll, die warmen Betriebe, bei denen gewisse Vorarbeiten erledigt werden müssen, haben mit diesen begonnen und kommen im Laufe der Woche voll in Arbeit. Der Ausstand hat in den Gruben 5 Wochen, in der Eisenindustrie 3-4 Wochen gedauert.

Verschärfung der Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien.

(W) Die Wirtschaftskrise in Polnisch-Oberschlesien erfährt eine bedeutende Verschärfung. Auf der Friedenshöhe wurde am Dienstag 2500 Arbeitern gekündigt, von denen über 800 aus Polnisch-Oberschlesien stammen. Die Baulöhne legte das Blechwalzwerk J. A. N. Polnisch-Oberschlesien hat auch in Königs- und Laurahütte sich die Lage verschlechtert. Von 1100 bei der Laurahütte noch beschäftigten Arbeitern sollen noch 400 bis 500 entlassen werden. Weiter will die Königs- 2000 Arbeiter vom Unterverk entlassen. Man erwartet, daß nächster Tage der Handelsminister Kiedor in Ostoberschlesien eintrifft, um sich an Ort und Stelle ein Bild von der Lage zu machen.

Verbotene Auslandsreisen von Schülern.

Auf Grund zahlreicher Berichte der auswärtigen Vertretungen Deutschlands hat der preussische Unterrichtsminister die Provinzialschulkollegien darauf aufmerksam gemacht, daß von der Schule oder von einzelnen Lehrern geplante Schüler-Auslandsreisen zurzeit als unerwünscht bezeichnet werden müssen. Diese Stellungnahme wird folgendermaßen begründet: „Es ist weder zu billigen, daß besonders zahlungskräftige Schülergruppen im Auslande auftreten, noch daß Schüler im Auslande die Wohlfahrt der deutschen Kreise oder gar der Bevölkerung in Anspruch nehmen. Beides wird im Auslande mißbilligt und mindert die Bereitwilligkeit, gesundheitlich leidende deutsche Kinder aufzunehmen. Andererseits bieten Reisen in Deutschland unseren Schülern so vollkommen ausreichende Bildungsmöglichkeiten, daß der Verzicht auf Auslandsreisen unsere Jugendbildung nicht beeinträchtigt.“

Kleine Nachrichten.

Das Reichskabinett nahm die Vorträge der Staatssekretäre Trenkelenburg und Vogt über die bisherigen Verhandlungen des Organisationskomitees für die Industrieorganisationen und Eisenbahnen entgegen.

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem ostasiatischen Verein in Hamburg über die Entschädigung der Chinadeutschen sind zum Abschluß gekommen. Es ist ein Vertrag unterzeichnet worden, in welchem in 20 Paragraphen die Entschädigungsfrage geregelt wird.

Die den neuen Verpflichtungen des Reiches angepaßte Einkommensteuerreformvorlage soll möglichst bald dem Reichstag zugehen und auf jeden Fall bis zum Herbst durchgebracht werden. Es ist bestimmt mit einer wesentlichen Reform der bestehenden Tarifsteuern zu rechnen. Die zehnprozentige Lohnsteuer wird in ihrer jetzigen Form beibehalten. Dasselbe gilt für das verumstärkte Prinzip der augenblicklich geltenden Gegenwartsbesteuerung.

Meldungen aus München zufolge ist der Versuch, die deutschnationale Bundestagsfraktion und den Reichstagsblock an der Koalition und Regierungsbildung teilnehmen zu lassen, als gescheitert anzusehen.

Für die Frauen

Am 14. Juni tritt in Bethel bei Bielefeld der erste versammlungsmäßige deutsche evangelische Kirchentag das Parlament des vor zwei Jahren durch Beitritt sämtlicher 28 deutschen Landeskirchen gegründeten Kirchenbundes zusammen. Zwei vorbereitende Kirchentage in Kassel (1919) und Dresden (1920) und ein versammlungsgewandter Kirchentag in Stuttgart (1921) sind vorausgegangen. Der Bielefelder Kirchentag bildet den Schlüsselstein auf dem langen Wege der kirchlichen Einheitsbestrebungen und gleichzeitig den Beginn einer neuen Ära in der Geschichte des nunmehr geeinigten deutschen Protestantismus.

Die Tagesordnung der dreitägigen Verhandlungen enthält eine Reihe gesetzgebender Vorlagen. Die unter dem kirchlichen wie nationalen Gesichtspunkt bedeutungsvollste ist die des Kirchenbundes über den Anschluß Deutschlands evangelischer Kirchengemeinschaften sowie von Gemeinden und Geistlichen außerhalb Deutschlands an den Kirchentag. Die Vorlage wird vom Vizepräsidenten des preussischen evangelischen Kirchenrats, D. Dr. Ratier, begründet werden. Der Haushaltsplan sieht eine dreitägige Sitzperiode vor. Auch zu brennenden Gegenwartsfragen des Volkslebens wird der Kirchentag programmatische Stellung nehmen.

Wingsten dieses Jahres waren 25 Jahre vergangen, seit auf dem Kongreß von Wien eine feste Klammer um die damals zahllos wenig bedeutende und arg zersplitterte christliche Gewerkschaftsbewegung gelegt wurde. Mit einem gewissen Recht beginnen daher die christlichen Gewerkschaften Wingsten ihr 25. Jubiläum, und mit berechtigtem Stolz blicken sie auf eine Entwicklung zurück, die, mit Unterbrechungen natürlich in ziemlich gerader Linie, aufwärts geführt hat. Die ersten Anfänge zu einer christlichen Gewerkschaftsbewegung hatten schon in den achtziger Jahren gezeigt, als Franz Meier von Duisburg aus die Metall-

werthste und gekostet, wozu namentlich die Ausdehnung der Bewegung auf den Osten und Norden Deutschlands mit seiner konfessionell und teilweise auch sozial und politisch anders eingestellten Arbeiterschaft beigetragen hat. Aber im großen und ganzen hat die Bewegung sich machtvoll und erfolgreich durchzusetzen gewußt, so daß sie heute mit dem berechtigten Stolz auf die zurückliegende 25jährige Entwicklung das Vertrauen auf einen weiteren Aufstieg bekräftigen darf.

Nach einer Meldung aus Washington hat die offizielle Protestnote, die der japanische Botschafter in Washington gegen das Einwanderungsgesetz überreicht hat, folgenden Wortlaut: Japan hat während mehr als 10 Jahren die Vorschriften des Gentleman-Abkommens beobachtet und praktisch sehr nachdrücklich die Begrenzung der japanischen Einwanderung nach Amerika durchgeführt. Die Amerikaner haben aber nach dem letzten Einwanderungsgesetz nicht nur das oben erwähnte Abkommen aufgehoben, sondern die Einwanderung von Japanern nach Amerika verboten. Das bedeutet offenbar eine juristische Verletzung der Klausel des japanisch-amerikanischen Handelsvertrages und der Verträge, die Japan auf der Washingtoner Konferenz unterschrieben hat." Der Botschafter wird sehr bald die Erlaubnis erhalten, nach seinem Vaterlande zurückzukehren.

(W) Die „Daily Mail“ meldet aus Kobe: Zwei weitere Japaner begingen zum Zeichen des Einbruchs gegen das amerikanische Einwanderungsgezet Harakiri. Die Erregung in ganz Japan nimmt zweifellos zu. In verschiedenen Orten sind Vereinigungen zum Boykott der amerikanischen Waren gebildet. Zahlreiche Kaufläden in Tokio tragen Aufschriften, die besagen, daß keine amerikanischen Waren verkauft werden. Einige Nerzte in Tokio teilen mit, daß sie es ablehnen, amerikanische Patienten zu behandeln. An amerikanische Missionare sind beunruhigende Briefe gesandt worden. Die Behörden treffen Maßnahmen, um der Lage zu begegnen. 19 Zeitungen in Osaka und Tokio veröffentlichen die Erklärung, daß die vom Kongreß in Washington angenommene, gegen Japan gerichtete Gesetzgebung nicht nur in Widerspruch zu der Gerechtigkeit und Menschlichkeit stehe, sondern auch die überlebenslange Freundschaft zwischen beiden Völkern unberücksichtigt lasse. Die Blätter eruchen die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk, die gesante Frage neu zu erwägen.

Aus Washington wird der „Kitt.“ berichtet: Der im Aufstand lebende Rear Admiral Hille weist in einem warnernden Schreiben an das Marineamt darauf hin, daß die Vereinigten Staaten die auf der Konferenz in Washington (Herbst 1921) aufgestellte Verhältnissaß der Großkampfschiffe nach England, Amerika und Japan (5:5:3) nicht aufrecht erhalten könnten. Im Falle eines Krieges mit Japan gerieten die Vereinigten Staaten in eine able Lage. Japan habe wegen des Stretks in der Einbürgerungsfrage in Wirklichkeit die Befehlungen auf Amerika abgeben. Solche Unstimmigkeiten seien im allgemeinen der Vorläufer eines Krieges. Er selbst sei überzeugt, daß Japan seine Hand auf die Philippinen lege, wenn es einen passenden Vorwand für einen Zusammenstoß gefunden habe. Es sei leicht, sich der Philippinen zu bemächtigen, aber unmöglich sie zurückzuerobern, wenn natürlich auch die Vereinigten Staaten es als eine Ehrensache betrachten würden, alles an die Wiederer Gewinnung der Inselgruppe zu setzen. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Amerikaner fast 7800 Kilometer von ihrer Operationsbasis entfernt kämpfen würden und nicht in die japanischen Minenfelder eintreten könnten. Gezwungen, sich an der Küste des östlichen Festlandes zu halten, wären sie den Angriffen der Unterseeboote und Luftwaffen ausgesetzt. Auch müßten sie diesen Kampf allein, ohne Hilfe der frischen Verbündeten durchföchten.

Interessante Vorgänge spielen sich zurzeit auf dem Gebiet des Postwesens ab. Bekanntlich war nach Uebereignung der bairischen Post auf das Reich dem Kaiser von Bayern durch Staatsvertrag eine für heutige Verhältnisse sehr hohe Entschädigung im Betrage von mehreren hundert Millionen Goldmark zugesprochen worden. Diese Schuld schwebte bisher; jetzt hat uns wir hören die bairische Regierung in einem Schreiben von der Reichsregierung Bezahlung gefordert, also in einem Augenblick, wo über die traurige Finanzlage des Reiches auf keiner Seite Zweifel bestehen können. Die Reichsregierung hat sich sofort mit den bairischen Begehren beschäftigt und wird noch vor Ablauf dieser Woche ein Antwortschreiben nach München senden. Unser Wissen wird in diesem Schreiben ausgesprochen werden, daß die Reichsregierung bereit sei, in eine Erörterung der bairischen Wünsche einzutreten.

Aus Beograd wird der „Söln. Stz.“ gemeldet: Der Minister des Aeußern, Dr. Mintchitch, berichtete heute dem Ministerrat über die Lage in Albanien, die nach den neuesten Berichten ganz gefählich erscheint. Der Minister teilte mit, daß sich im Hafen Durazzo italienische Kriegsschiffe befänden. Die süslawische Regierung beschloß, die weitere Entwidlung der Ereignisse abzuwarten, jedoch an der albanischen Grenze die nöthigen Vorkehrungen zu treffen.

97 Codesopler in Bukarest.

Entgegen der tendenziösen Darstellung der rumänischen Regierung wird jetzt aus Bukarest berichtet, daß es bei dem Explosionsunglück in der vergangenen Woche 97 Tote gegeben habe, und zwar 70 Soldaten, 7 Offiziere und 20 Zivilisten. Geführt wurden insgesamt 29 Infanterie-Munitionsdepots. Es wird nunmehr offiziell angegeben, daß es sich um ein böhmisches Material gehandelt hat. Eine große Zahl russischer Volksgewissen sei ferngenommen und ausgewiesen worden. Die Flammen bei den etwaigen Explosionen sollen bis zu 30 Meter hoch gestiegen sein. Man dürfte sie fast auf 80 Kilometer Entfernung gesehen haben.

— Verhängnisvolle Verwechslung. Auf der Straße Barnow-Neuendorf am Neuendorfer See auf der Insel Wolkin fand man die Leichen zweier junger Leute. Der eine der Toten war der Lehrling Dahms aus Barnow, der andere der junge Besitzersohn Krause. Dahms hatte einen Kopfbruch, Krause einen Brustbruch. Man vermutet, daß es sich um eine verhängnisvolle Verwechslung handelt. Es besteht die Möglichkeit, daß der junge Krause den Lehrling, der sich in der Nähe des Krause'schen Gehöftes aufgehalten haben mag, für einen Einbrecher gehalten und auf diesen geschossen hat. Wahrscheinlich hat dann im gleichen Augenblick der Lehrling den Krause niedergeschossen. Die Angelegenheit bedarf noch der Aufklärung.

In Groppendorf, Kreis Neuhaldensleben, berunglückte ein Automobilfahrer, der ein, einem Gutsbesitzer gehörendes Automobil widerrechtlich zu einer Fahrt mit 4 Freunden benutzte. Er war angetrunken und verlor die Herrschaft über den Kraftwagen, der gegen einen Stein fuhr und gegen eine Mauer geschleudert wurde. Der Führer und zwei Insassen waren auf der Stelle tot, die übrigen Insassen wurden schwer verletzt.

Bei Bad Harzburg fuhr ein aus Samourg
stammendes Automobil gegen einen Stein und
überlief sich. Zwei Damen wurden
getötet, ein schwer verletzter Herr
starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Der
Führer des Wagens und zwei weitere
Insassen wurden schwer verletzt.

Der bei dem Zusammenstoß eines Autos
mobils mit einem Kleinbahnzug bei Dörenberg
schwerverletzte Studienrat Thiel
aus Dramenburg ist seinen Verletzungen
erlegen. Damit ist die Zahl der bei dem
Unglück Getöteten auf 8 gestiegen.

— Von einer Handgranate zerrissen. Auf dem Exzerzierplatz bei Frauentalern im Saargebiete erlitt sich ein schweres Unglück. Schülknaben fanden eine Handgranate, deren Gefährlichkeit sie nicht ahnten, und versuchten, mit einem Hammer das Gefäß zu zerkleinern. Da durch explodirte die Granate. Der eifrigste Knabe wurde fürdtbar zugerichtet und blieb tot auf dem Plage. Einem zweiten Jungen wurde eine Hand abgerissen und ein dritter an der Hand schwer verletzt; die beiden andern erlitten schwere Verwundungen im Gesicht.

— **Raubmord.** In Hannover wurde im Hause Silberheimer Straße 7 ein Raubmord verübt, dem die Ehefrau des Geschäftsinhabers Albold zum Opfer fiel. Die Frau wurde von dem bisher unbekannten Täter in grauenhafter Weise erschlagen. Der Täter wurde in der Nähe des Tatorts gefehen. Er ging vor dem Hause auf und ab; in der Hand trug er eine sogenannte Miltärschelle. Der Verbrecher ist jetzt 66 bis 20 Jahre alt. Am Tatort ließ er seine graue Mütze zurück. Da außerdem noch ein Hut gefunden wurde, wird angenommen, daß noch ein zweiter Täter in Frage kommt. Verkauft wurde die Leichenkasse mit unbefriedigendem Erfolg und verschiedene andere Gegenstände.

— Ermordung eines Arztes. Der Petersburger Chirurgen Stultze wurde von einem Studenten ermordet, weil er angeblich bei einer Operation den Tod der vierzehnjährigen Schwester des Mörders veranlaßt haben sollte. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Arzt für den unglücklichen Verlauf der Operation keineswegs verantwortlich war.

— Mord und Selbstmord. In Magdeburg hat sich die unverschleihte Ottilie Lemke an dem Fenster des 4. Stockes ihrer Wohnung

— Von Fliegerbomben getötet. Aus Kurn-
man (Betschuanaland) wird gemeldet: Während
einer militärischen Besichtigung fiel aus einem
Militärsflugzeug eine Bombe auf eine Gruppe
von Zuhauern, von denen drei getötet
und 15 verletzt wurden.

— Ein Wasserflugzeug ohne Brennstoff. Ein armer Mediziner aus Brantino hat bei der Ausstellung für Industrie in Rom ein von ihm erfundenes Wasserflugzeug ausgestellt und den ersten Preis dafür erhalten; er hat das Problem gelöst, das Wasserflugzeug ohne Brennstoff und nur mit eingepumptem Wasser in Bewegung zu setzen und dabei die höchste Geschwindigkeit einzuhalten. Eine reiche Engländerin hat das Patent erworben und England zum Geschenk gemacht.

— Im Verlaufe eines Streites erhob der Bankier Hoffmann in Groß-Adelnheim bei Schönbach seinen Hausmann Grashof und verlegte dessen Ehefrau, die den zweijährigen Sohn auf der Arm trug durch einen Bandstich lebensgefährlich. Hoffmann hatte Grashof gekündigt, das Gericht jedoch zu Gunsten Grashofs entschieden. Das Verhältnis zwischen Hoffmann und den Hausleuten war seitdem schlecht. Hoffmann wurde festgenommen, er behauptet, in der Kucherei gefesselt zu haben.

— Durch Tornados, die über Teile von Alabama und Mississippi hinweggeeght sind, sind 40 Personen getödtet und 80 verwundet worden. Die Höhe des angerichteten Schadens wird auf eine Million Dollar geschätzt.

— Eine Familientragödie. Im Kloster
Mansfeld durchschlitt der Berg und
ließ den Schneider und seiner Frau und sei-
nem 1½jährigen Kinde mit einem Waffenhacker
die Kehle. Seinen beiden 18- und 16jährigen
Töchtern, die der Mutter zur Hilfe eilen wollten,
brachte er schwere Verletzungen an den Hän-
den bei. Daraus tödtete er sich selbst.
Die Tot ist auf zertrümmte Familienverhältnisse
zurückzuführen.

— Vermischtes. Meldungen aus Breslau zufolge starb eine Frau das von ihrem Stiefvater bewohnte Haus mittels Pesttroleum an. Der Dachstuhl und Telle des Erdfloßes verbrannten. Sie beging Selbstmord indem sie sich in der Oer ertränkte.

— Pfingstsonntag wurde die in Hamburg wohnende Ehefrau Gehold in ihrer Wohnung erwürgt aufgefunden. Im Beistopfen hatte sich der bei ihr wohnende Untermieter Knibb mit einem Stilk Baden erhängt, konnte aber noch rechtzeitig abgeschnitten und vor dem Ersticken gerettet werden. Er gestand die Frau getödet zu haben. — Ein von Weibensfels kommender Personenzug fuhr in voller Fahrt in eine auf dem Gleis beschäftigte Arbeiterkolonne, wobei 4 Arbeiter getödet und 2 schwer verletzt wurden.

— Bei Rüdgingen am Rhein wurde ein mit 8 Personen besetztes Boot durch Aufsteigen einiger Snassen zum Kippen gebracht. Von den Mitfahrenden konnten sich 3 retten, während drei Burschen und zwei Mädchen in den Fluten ertranken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

— Vermischtes. In der Nacht von Sonntag zum Montag wurde von unbekannten Thätern ein Raubdiebstahl, das die Mästen der Funkstation Königsplatz-Hausen verbindet, durchgeschnitten. Die Kriminalpolizei ist mit der Ermittlung darüber beschäftigt, ob es sich nur um einen einfachen Metalldiebstahl oder um einen Sabotageverbrech aus politischen Gründen handelt. — Einfolge Bruches eines Dampfrohrs in einer Schwimmerei in Delft wurden Montag früh 18 Personen getödtet und ein schwerverletzt. — Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Passagierzügen bei Allica (Arabia) wurden neun Personen getödtet und zwanzig verletzt.

Hohenfuhurg, 11. Juni. 60-jährige Zubeisitzer der staatl. Baugewerkschule Högter-Wefer.) Am 14. Juni 1924, 4 Uhr nachm., findet auf der Hohenfuhurg im großen Saal eine außerordentlich Tagung ehem. Baugewerkschüler Högter statt. Zu dieser wichtigen Hauptversammlung hat alles unbedingt zu erscheinen. Die Damen sind hierzu auch herzlich eingeladen. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Weißung der Wählungen.

Am	Berthele Brammer.	U.	am	Hilkebach.	
Freitag	am	Kranz	und	Nichardt.	
Samstag	am	Gutsmannsch.	S.	am	Tog.

Mittwoch, 16. Juni: Everswinkel A. B., Gronau
A. B., Dortmund u. Hagen Schlichtv., Lett
A. B. Schw.

Dienstag, 17. Juni: Billerbeck A. B., Vortel
A. B., Bottrop B., Buex R., Haltern B.
Vermeyde-Walshof B., Ramsdorf B., Telgte
A. B., Brakel B. Pf. Schw. Hammel, Güters-
loh Nindb. Schw., Minden A. B., Wille-
badessen A., Soest Schw.

Mittwoch, 18. Juni: Coesfeld B., Pölsom Schw.
Geijord A. B. Pf. Schw., Gaftrup Schw.
Preuß. Oldendorf A. B. Pf. Schw., Dor-
mund Jagdt. Fafeld, Flertch K., Welte-
lirgze Nindb. Pf. Schw., Niedermarsberg
Nindb. Pf. Schw.

Donnerstag, 19. Juni: Halle i. W. B. B. Pf.
Schw.

Freitag, 20. Juni: Mettingen B., Dührup B.
Enninghof B. Pf.

Sonnabend, 21. Juni: Boerde 2 L. A.

Blaß, untenthigige Jorellen im yung
Zerfarter Birken.^a

4 Hausfreunde
die in keiner Küche fehlen dürfen.

Backin Puddingpulver
PACKCHEN 8 PFG.

Dr. Oetker's
Vanillinzucker
PACKCHEN 8 PFG.

Süßlin
PAK 225 Gr. 25 PFG.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Familie Fr. Kefenbaum
Familie Alb. Könitzer
Familie Wilh. Vorwig.

Kamen, im Juni 1924.

1671

Man nehme

zur Wasche nie Seife
allein, das Waschen
würde zu teuer sein.
Man nehme

Henko

als Zusatzmittel —
die Kosten verringern
sich um ein Drittel!

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

„Ratholischer Gefellen-Berein“ Kamen.

Sonntag, den 15. Juni, begeht der Verein im Schützenhof (W. Reinhard) sein

30 jähr. Stiftungsfest
mit Handwerkerfestzug!

Festordnungs-Auszug:

Morgens 11 Uhr:

Früh-Konzert der Herzogischen Kapelle
(verstärktes Orchester.)

Nachmittags 3 Uhr:

Handwerker-Festzug
mit anschließender Fest-Versammlung.

8 Uhr: Festball.

Eintrittspreis:

Frühkonzert 1 Mk., Festversammlung 1.20 (ohne Steuer).

Der Festzug bewegt sich durch folgende Straßen: Weststraße, Oststraße, Ostenmauer, Weißestraße, Markt, Bahnhofstraße, Am Bahnhof, Schlachthofstraße, Klosterstraße, Weststraße, Kämmerstraße, Nordenmauer, Nordstraße zum Festlokal.

Die Bewohner der Stadt werden gebeten, ihr Interesse dem Feste des gesamten Handwerkerstandes durch Beflaggen und Schmücken der Gebäude zu bekunden.

Zu dieser Feier werden sämtliche Freunde und Gönner des Handwerks herzlichst eingeladen.

Der Vorstand.

1676

Der Festausschuß.

Plakat-Säulen

Wir beabsichtigen, an den von uns aufzustellenden Plakat-Säulen

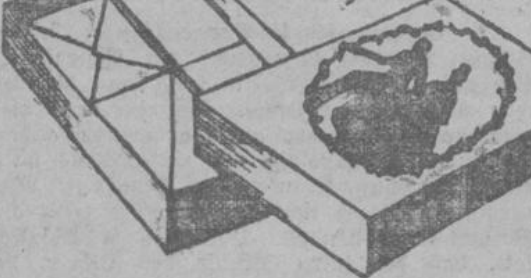
Reklame-Flächen

zu vergeben. Infrage kommen evtl. eine grössere Anzahl Säulen. Interessenten wollen sich bis zum 15. Juni an unsern Vorsitzenden, Herrn Kaufmann Müller, wenden.

Verkehrs-Verein, e. V.
Kamen.

1663

Briefpapiere
in einfachen und
feinsten Ausstattungen
Verlobungsanzeigen
Besuchskarten



empfiehlt

Buchhandlung der
Kamener Zeitung.

Der eigene Arzt
im Viehstalle

Ist jeder Landwirt oder Siedler, der das Buch „Der Landwirts Ratgeber in guten und bösen Tagen“ besitzt. Die Ober- und Stabsveterinäre Dr. Griebel und Dr. Wagner sowie Dr. Sehmamm geben in dem Werke die Krankheitsanzeichen und notwendigen Mittel an, die der Landwirt sofort gebrauchen kann, um sich vor großen Verlusten im Viehstalle zu schützen, was besonders wichtig ist, wenn der Tierarzt weit entfernt wohnt. Das gut gebundene Buch ist mit über 100 Abbildungen und mit 3 farbigen zerlegbaren Modellen vom Pferd, der Kuh und dem Schwein ausgestattet 350 Seiten Hart.

Anschaffung teurer landw. Werke wird dadurch überflüssig. Das jedem Landwirt unentbehrliche Werk ist für nur 5 Mark vorrätig in der

Buchhandlung der
Kamener Zeitung,
Weststraße Nr. 10.

Grasverkauf
Oberaden.

Montag, den 16. d. M., abends 8 Uhr, wird das bekanntlich gute Gras in der Wapenwiese des Herrn Schulze-Welmede, bei der Wdener Mühle (12 Morgen) nummerweise meistbietend gegen Zahlungsfrist verkauft.

Heil.

Bräggemann.

Achtung!
Schützenvereine!
4 Offizier-Degen

stehen zum Verkauf.

1675

Näheres in der Geschäftsst. der Kamener Zeitung.



Erhalte heute einen Transport
große und kleine

Schweine

und verkaufe dieselben von 2 Uhr ab an meinem Hause zu billigen Tagespreisen.

Heinrich Bonhoff jun.
Dortmunderstr. 70. Tel. 23.

Habe einen Wurf

Ferkel

(8 Wochen alt) abzugeben.

Wiebeling, Südlamen.

Herd

billig zu verkaufen.

1665

Näh. in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Tafeln

zu haben in der

Buchhandlung der
Kamener Zeitung.

Mädchen

für Küche und Haus zum 1. Juli gesucht.

1669

Frau Rechtsanwältin u. Notar
Dr. Appelius
Bünde i. Westf.

Mädchen

Schulentlassenes

1666

Mädchen

für halbe Tage zu 2 Kindern gesucht.

Näh. in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Ordentliche

1673

Frau od. Mädchen

zum Waschen und Bühen gesucht.

Frau Gößmann,
Königsr. 6.

Wer

vorteilhaft kaufen will,
lese täglich die Anzeigen
in d. Kamener Zeitg.

Guter bürgerlicher
Mittagstisch frei.

Frau Klammersfeld,
1664 Bahnhofstraße 53, 1. Stg.

Gummi-
Mantel

auf der Wernerstraße ge-

1663

funden.
Schlichter, Berglanten,
Mackenstraße 2.

Bekanntmachung.

Die evangelische Kirchengemeinde Kamen erhebt auf Grund des amtlich genehmigten Kirchensteuerbeschlusses vom 11. Mai ds. Js. für das Rechnungsjahr 1924 (1. April 1924 bis 31. März 1925) von ihren Kirchensteuerpflichtigen Mitgliedern als Kirchensteuer:

- 15 v. H. Zuschlag zu den Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer 1924,
- 15 v. H. Zuschlag zu den nach Art. 1 § 25 der zweiten Steuernverordnung für die Lohnsteuerpflichtigen festgesetzten Pauschbeträgen.

Der Zuschlag zu den Vorauszahlungen ist gleichzeitig mit allen nach dem 1. April ds. Js. fällig werdenden Vorauszahlungen an die Stadtkasse Kamen bzw. die Amtskassen Anna-Kamen und Pelsum zu zahlen.

Der Zuschlag zu den seit dem 1. April ds. Js. bereits geleisteten Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer ist, soweit es noch nicht geschehen, sofort nachzuzahlen, und zwar bei derselben Kasse, welche die Vorauszahlung auf die Reichseinkommensteuer entgegengenommen hat.

Die Minderung des Hunderttages bleibt vorbehalten und wird im Gemeindeblatt, in der „Kamener Zeitung“ und im „Westfälischen Anzeiger“ öffentlich bekannt gemacht.

Die Lohnsteuerpflichtigen erhalten noch besonderen Bescheid.

1670

Das Presbyterium
der evangelischen Kirchengemeinde Kamen.



Das Verzeichnis der abgabepflichtigen Tierbesitzer liegt von heute ab 14 Tage lang auf dem Polizeibüro — Zimmer 2 — öffentlich aus. Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses sind spätestens binnen 10 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei uns anzubringen.

1661

Kamen, den 10. Juni 1924.

Die Polizei-Verwaltung.
J. B. Siegler, Beigeordneter.

Pachthebetermine.

Auf die im Pachtjahr 1923/24 zu zahlenden Pachten soll eine zweite Abschlagszahlung in Höhe von 50% der Friedenspacht erhoben werden, zahlbar in wertbeständigem Gelde. Es folgt Zahlung nicht im Hebetermin, so sind für verspätete Zahlung innerhalb der ersten 8 Tage nach dem Hebetermin 10% und von da ab 20% Zuschlag zu entrichten. Die Hebelisten liegen in den letzten 2 Tagen vor dem Hebetermin auf der Kentei zur Einsichtnahme offen.

Der Hebetermin ist angelegt auf:

Dienstag, den 8. Juli 1924,
in Kamen, Hotel Bergrheim.

Die Pachthebung erfolgt:

Vormittags von 9—12 Uhr,
Nachmittags von 2—6 Uhr.

An den Hebeterminstagen ist die Kentei gänglich geschlossen.

1672

Standesherrschaft Cappenberg,
Der Rentmeister.

Anzeigen
in der Kamener
Zeitung
haben stets Erfolg

Jetzt ist es Zeit!

Jeder Mensch soll sofort eine Blutreinigungskur mit Kraft- und Gesundheitssalz „Pukana“ vornehmen. Schlechtes Aussehen, unreiner Teint, Schwäche, Nervosität, auch Gicht und Rheumatismus, vor allem die Aderverkalkung verschwinden. „Pukana“ regt den Appetit an, fördert die Verdauung und gibt frische Kräfte und blühendes Aussehen. Ein Versuch überzeugt. Vergessen Sie nicht gegen Spul-, Madaen-, Bandwürmer, „Pukana“-Wurmkur zu verlangen. Überall erhältlich. Drogerie Klugmann.

1668

